

Erklärung erfolgt als:

- ☐ Bewerber*in/Bieter*in
☐ Bewerber*in-/ Bietergemeinschaftsmitglied
☐ Unterauftragnehmer

Name/Anschrift:

Auftraggeber: Studentenwerk Schleswig-Holstein AÖR
Titel der Maßnahme: Internet Service für Studierende
Aktenzeichen AG: 62311

EIGNUNGSANGABEN BEWERBER*IN / BIETER*IN / UNTERAUFTRAGNEHMER*IN

Hinweis des Auftraggebers:

- Zum Nachweis der Eignung sind die hier geforderten Angaben zu machen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Richtigkeit der abgegebenen Erklärungen durch Vorlage von Nachweisen zu überprüfen.
- Zutreffendes ist anzukreuzen bzw. auszufüllen. Ein nicht vollständig ausgefülltes Formblatt kann zum Ausschluss führen; ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht!
- Die Mindestanforderungen müssen nur von dem Bewerber erfüllt werden, ggf. unter Berücksichtigung der Eignungsleihe, nicht von den Nachunternehmern. Eine Bewerbergemeinschaft muss die Mindestanforderungen insgesamt erfüllen (d.h. die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft müssen die Mindestanforderungen für sich allein nicht erfüllen können, aber in der Gemeinschaft).
- Die Anforderungen an die Haftpflichtversicherung des Bewerbers sind von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erfüllen.
- Die Erklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung ist nicht von Nachunternehmern und Eignungsleihgebern abzugeben.

Für die Beurteilung unserer Eignung erklären wir Folgendes:

Angaben präqualifizierter / ausländischer Unternehmen

- ☐ Ich bin/ Wir sind präqualifiziert und eingetragen im
Präqualifikationsverzeichnis:

unter der Nummer:

Mindestanforderungen sowie Nachweise, die **nicht** von der Präqualifikation erfasst
sind, weise ich gesondert nach.

- ☐ Ich bin/ Wir sind ein ausländisches Unternehmen aus einem
☐ EU-Staat
☐ anderen Staat
Nationalität: [Klicken Sie hier, um Text einzugeben.](#)
(Bitte internationales Kfz-Kennzeichen eintragen)

**(Zu III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der
Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

1. Auszug aus dem Handelsregister/Berufsregister oder eine Kopie desselben:

- ☐ Ich bin/Wir sind im Handelsregister eingetragen:

_____ (HR-Nr.)

_____ (Registergericht)

- ☐ Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

Grund: _____

Zum Nachweis der Eintragung in das Handelsregister/Berufsregister legen wir den Auszug aus dem
Handelsregister/Berufsregister (nicht älter als sechs Monate zum Zeitpunkt der Einreichung des
Teilnahmeantrags/Angebots) oder eine Kopie desselben bei.

Erklärung Bewerbergemeinschaft

Dem Teilnahmeantrag/Angebot einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist eine Erklärung beizulegen, in der sämtliche Mitglieder der Bewerber-/ Bietergemeinschaft einem bevollmächtigten Vertreter der Bewerber-/Bietergemeinschaft Vertretungsmacht im Rahmen dieses Vergabeverfahrens einräumen, insbesondere hinsichtlich der rechtsverbindlichen Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen sowie der Vornahme von Verfahrenshandlungen. (Erklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft)

Ausländische Bewerber haben vergleichbare, für den Sitz des Unternehmens geltende Nachweise vorzulegen.

(Zu III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

1. Erklärung über den Gesamtumsatz:

Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren sowie Umsatz des Unternehmens, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen. Die Umsatzzahlen sollen belegen, dass der Bieter wirtschaftlich zur Ausführung des Auftrags in der Lage sein wird.

- a) Wir erklären, dass wir für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren 2023, 2024 und 2025 abgeschlossen wurden, folgende Umsätze in Euro (netto) erbracht haben:

Im Jahr 2023: _____ EUR

Im Jahr 2024: _____ EUR

Im Jahr 2025: _____ EUR

- b) Wir erklären, dass wir für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren 2023, 2024 und 2025 abgeschlossen wurden, folgende Umsätze in Euro (netto) **leistungsspezifisch** erbracht haben:

Im Jahr 2023: _____ EUR

Im Jahr 2024: _____ EUR

Im Jahr 2025: _____ EUR

Mindestanforderung:

durchschnittliches leistungsspezifisches Jahresumsatzvolumen der letzten 3 Jahre mindestens 2 Mio. Euro

2. Erklärung zur Berufshaftpflicht-/Betriebshaftpflichtversicherung:

- ☐ Hiermit erkläre ich, dass eine aktuell gültige Haftpflichtversicherung oder eine vergleichbare marktübliche Versicherung mit einer Haftpflichtdeckungshöhe von mindestens 1 Mio. Euro für Personenschäden und 3 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden zweifach maximiert pro Versicherungsjahr und Schadensfall besteht und dass diese Versicherung während der Vertragsausführung beibehalten wird.
- ☐ Sollte ich über keinen entsprechenden Versicherungsschutz verfügen, erkläre ich hiermit unwiderruflich und unbedingt, im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung mit ausreichender Deckungssumme abzuschließen. Einen entsprechenden Nachweis werde ich vor Erteilung des Zuschlags vorlegen.

Mindestanforderung: eine der beiden obenstehenden Aussagen müssen zutreffen.

Wir legen den Nachweis einer bestehenden Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung (nicht älter als 6 Monate zum Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrags/Angebots) auf Nachfrage des Auftraggebers sofort, ansonsten spätestens bei Vertragsbeginn vor.

(Zu III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Mitglied in einer Berufsgenossenschaft

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.
- ☐ ich/wir Mitglied der Berufsgenossenschaft bin/sind.
- ☐ ich/wir sind nicht Mitglied der Berufsgenossenschaft.
- Grund: _____

Zertifizierungen

Ich/Wir erkläre(n), dass wir über folgende Zertifizierungen verfügen:

- ☐ ISO 9001 oder gleichwertig
- ☐ ISO 27001 oder gleichwertig

Projektsprache

Der*die Bewerber*in / Bieter*in versichert, dass die Projektsprache Deutsch ist und der Schriftverkehr/Textform im Zusammenhang mit dem Projekt in deutscher Sprache erfolgt.

Referenzen

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei Geschäftsjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben. Die Referenzanforderungen ergeben sich aus der Bekanntmachung. Angaben zu den Referenzen machen wir im beigefügten Referenzbogen.

Der Bieter kann zusätzlich durch die Angabe von bis zu 6 weiteren Zusatzreferenzen Punkte sammeln.

- Referenz mit 2.000 Wohneinheiten: 1.000 Punkte
- Referenz mit 3.000 Wohneinheiten: 2.000 Punkte
- Referenz mit 4.000 Wohneinheiten: 3.000 Punkte
- Referenz mit 5.000 oder mehr Wohneinheiten: 4.000 Punkte

Zwischenwerte werden linear interpoliert.

Zur Angebotsabgabe werden – vorbehaltlich der Erfüllung aller übrigen Teilnahme- und Eignungsanforderungen – die drei Bewerber mit der höchsten Gesamtpunktzahl aufgefordert.

Sowohl für die geforderten 3 Mindestreferenzen als auch für die Zusatzreferenzen ist das Formular „Referenzbogen“ zu nutzen.

Anzahl der festangestellten Mitarbeiter

Anzahl der festangestellten Mitarbeiter*innen bezogen auf Vollzeitstellen im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre 2023, 2024, 2025:

2023 _____ Mitarbeiter*innen
2024 _____ Mitarbeiter*innen
2025 _____ Mitarbeiter*innen

Hinweis: Ein Bestand des Unternehmens seit drei Jahren ist nicht Voraussetzung. Für Unternehmen, die weniger als drei Jahre bestehen, sind die Erklärungen jeweils nur bezogen die bislang abgeschlossenen Geschäftsjahre abzugeben.

Angabe zu KMU

Wir erklären, dass wir über eine Mitarbeiter*innenanzahl von

☐ > 250 Festangestellten

☐ ≤ 250 Festangestellten

verfügen.

2. (Eigen-)Erklärungen folgenden Inhalts:

Zwingende Ausschlussgründe, § 123 GWB

1. Eigenerklärung darüber, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuchs (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels). Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Zutreffendes ankreuzen [*es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/ Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss*]:

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung **nicht** abgeben zu können.

☐ Hiermit **erklärt** das Unternehmen, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

-
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuchs (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
- Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
11. dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist
 12. dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Fakultative Ausschlussgründe, § 124 GWB

1. Eigenerklärung darüber, dass das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat. Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass es bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

2. Eigenerklärung darüber, dass (2.1) das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, (2.2) über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, (2.3) sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet und (2.4) das Unternehmen seine Tätigkeit nicht eingestellt hat.

2.1 Zahlungsunfähigkeit

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass es nicht zahlungsunfähig ist.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

2.2 Insolvenzverfahren

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

2.3 Verfahren der Liquidation

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass es sich nicht im Verfahren der Liquidation befindet.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

2.4 Einstellung der Tätigkeit

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass es seine Tätigkeit nicht eingestellt hat.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

3. Eigenerklärung darüber, dass das Unternehmen im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit keine nachweislich schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass es im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit keine nachweislich schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

4. Eigenerklärung darüber, dass das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass es keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

5. Eigenerklärung darüber, dass kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte.

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen konnte.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

6. Eigenerklärung darüber, dass keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war.
Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

7. Eigenerklärung darüber, dass das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass es keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

8. Eigenerklärung darüber, dass das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, dass es in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

9. Eigenerklärung darüber, dass das Unternehmen (9.1) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, (9.2) nicht versucht hat, vertrauliche

Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte und (9.3) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

9.1 Unzulässige Beeinflussung der Entscheidungsfindung

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, nicht versucht zu haben, die Entscheidungsfindung des Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

9.2 Vertrauliche Informationen

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, nicht versucht zu haben, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen konnte.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

9.3 Irreführende Informationen

Zutreffendes ankreuzen [es ist nur ein Kästchen anzukreuzen; sonstige Änderungen/Ergänzungen, z.B. Durchstreichungen, dieses Teilnahmeformulars sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss]:

☐ Das Unternehmen erklärt, nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt zu haben, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder nicht versucht zu haben, solche Informationen zu übermitteln.

☐ Das Unternehmen erklärt, die vorstehende Eigenerklärung nicht abgeben zu können.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeits- rechtliche Verpflichtungen verstoßen hat/habe,
2. das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleich- bares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist,

- die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
 4. das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 5. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 6. keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 7. das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 9. das Unternehmen
 - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) weder fahrlässig noch vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Selbstreinigung, § 125 GWB

☐ Ich/Wir erkläre(n), **dass ein Ausschlussgrund** nach § 123 oder § 124 GWB **vorliegt**,
ich/unser Unternehmen aber

1. für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und
3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.

Kein Ausschlussgrund nach § 23 AEntG, § 21 MiLoG, § 98c Abs. 1 AufenthG oder § 21 SchwArbG

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass das Unternehmen des Bewerbers nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG und nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500 belegt worden ist und kein aktueller Verstoß und kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen des Bieters beziehungsweise die verantwortlich handelnde(n) Person(en) nach § 98c Abs. 1 AufenthG oder nach § 21 SchwArbG bekannt ist.

In besonderen Ausnahmefällen, in denen dies durch den Gegenstand des Auftrags gerechtfertigt ist, sowie in begründeten Einzelfällen können ergänzende Eignungsnachweise des Bewerbers gefordert werden.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass auch im Fall der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a Gewerbeordnung in der aktuell gültigen Fassung anfordern können und dass bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro der öffentliche Auftraggeber für den*die Bieter*in, der*die den Zuschlag erhalten soll, vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Absatz 1 WRegG einholen muss.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass wir im Rahmen des EU-Sanktionspakets, auf Grund der Verordnung (EU) Nr. 2022/576 vom 08. April 2022, sowie der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, nicht zu den folgenden genannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen gehören:

aa) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

bb) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe aa) genannten Organisationen gehalten werden, oder

cc) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe aa) oder bb) genannten Organisationen handeln, und verpflichten uns, keine Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen mit mehr als 10 % des Auftragswertes einzubinden, die die Tatbestände aa) – cc) erfüllen.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir, soweit dies besonders angefordert wird, Nachweise zu den Eigenerklärungen zur Eignung vorlegen.

Bewerber, die zu den auferlegten Verpflichtungen nachweislich eine falsche Erklärung abgegeben oder einen unzutreffenden Nachweis vorgelegt haben oder haben vorlegen lassen, können für bis zu drei Jahren von weiteren Aufträgen ausgeschlossen werden.

551 **Hinweis:** Bitte füllen Sie die Textfelder am PC aus. Die Erklärung muss nicht unterschrieben
552 werden. Im elektronischen Verfahren ersetzt die Angabe des Namens der natürlichen Person, die
diese Erklärung für den Bieter abgibt, die händische Unterschrift.

553

554 _____

555 (Ort, Datum)

(Name des Erklärenden)

556
557
558